

von Lisa Hesse

■ Menschenhandel-Statistik: Rohingya nicht erfasst

Im April 2014 deckte die Nachrichtenagentur Reuters Fehler in den Statistiken zum Menschenhandel in Thailand auf. Die thailändische Regierung differenziert zwar zwischen Menschenschmuggel und -handel, jedoch sind viele Fälle der Rohingya, deren Mitglieder natürlich oft auch aus eigenen Stücken ihr Heimatland verlassen, nicht eindeutig. Grund für die explizite Differenzierung ist das Ranking des amerikanischen Außenministeriums im Kampf gegen den Menschenhandel. Die thailändische Regierung befürchtet, für das Jahr 2013 herunterge-

stuft zu werden: In einem Bericht der Regierung von 2013 wurde kein einziger Rohingya in der Menschenhandel-Statistik geführt. Reuters-Nachforschungen ergaben jedoch, dass Hunderte von ihnen unfreiwillig in Camps festgehalten, geschlagen, mit Waffen bedroht werden und hohe Summen für die Weiterfahrt nach Malaysia zahlen müssen. Einige Banden verkaufen Rohingya an andere Syndikate, viele Betroffene landen gegen ihren Willen als Arbeiter in der Fischindustrie. Diese Praktiken fallen bereits unter den Begriff Menschenhan-

del. Sollte Thailand nun heruntergestuft werden, stünde es auf gleicher Stufe mit Nordkorea und der Zentralafrikanischen Republik und könnte von Seiten der USA sanktioniert werden. Zwar ist dies wegen Thailands geostrategischer Lage unwahrscheinlich, die Runterstufung würde jedoch die Glaubwürdigkeit des Landes, das momentan starkes Lobbying für einen nicht-permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat betreibt, extrem einschränken.

Reuters, 10.4.2014

■ Umweltaktivist verschwunden

Human Rights Watch forderte Ende April 2014 die thailändischen Behörden auf, im Fall des verschwundenen Umweltaktivisten ›Billy‹ zu ermitteln. Dieser wurde zuvor im Phetchaburi Nationalpark Kaeng Krachan verhaftet, als er illegal gesammelten Honig mit sich führte. Da es sich um ein Bagatelldelikt handelte, wurde er nach Angaben des Parkleiters Chaiwat Limlikitaksorn jedoch wieder entlassen und danach von Zeugen noch einmal gesehen. Kurze Zeit später

verschwand er. Rakcharoen hatte sich in der Vergangenheit für im Nationalpark ansässige Karen-Familien eingesetzt, als die Häuser und Besitztümer von mehr als 20 Familien von Parkwächtern zerstört und verbrannt worden waren. Ein Sprecher von Human Rights Watch erläuterte, dass Parkleiter Chaiwat 2011 von der Polizei verhört wurde, da er federführend an der Ermordung eines Aktivisten aus dem Umfeld von Billy beteiligt gewesen sein soll, jedoch nicht verurteilt wurde.

Billy war maßgeblich an der Vorbereitung einer Klage der Karen beteiligt, die Anhörung vor dem Verwaltungsgericht soll im Mai 2014 stattfinden. Billy soll hierbei als Zeuge und Übersetzer für die Betroffenen auftreten. Sollte er fehlen, könnte das Urteil zu Ungunsten der Karen ausfallen. Freunde und Aktivisten sehen hier einen Zusammenhang zu Billys Verschwinden.

Irrawaddy 21.4.2014

■ Anhaltende Arbeitsrechtverstöße

Anfang 2014 beschuldigte die NGO Finnwatch vier thailändische Fabriken, schwere Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverstöße gegen die zumeist burmesische Belegschaft zu begehen. Alle Fabriken sind international im Bereich der verarbeitenden Lebensmittelindustrie tätig und beschäftigen mehr als 10.000 Burmesen. Sie kooperieren laut Finnwatch mit Arbeitsvermittlern, die unter anderem die Arbeitserlaubnis der Angestellten

konfiszieren und als Druckmittel benutzen, um Schulden einzutreiben. Auch physische Übergriffe sollen stattgefunden haben. Eine weitere NGO, Burma Campaign UK, beschuldigte zudem die thailändische Regierung, gleichgültig mit diesen Rechtsverletzungen umzugehen. Obwohl die Fabriken bekannte internationale Unternehmen beliefern, die um ihren Ruf fürchten, NGOs zudem schon in der Vergangenheit auf die prekären Arbeitsbe-

dingungen aufmerksam gemacht hatten, äußerte sich die Regierung nicht. Der Bericht von Finnwatch kommt für die Regierung ungelegen, da wegen monatelanger Verzögerung immer noch keine Verbesserung bezüglich der Arbeitserlaubnis-Neuregelung für burmesische Migranten eingetreten ist. Momentan sind Tausende ohne gültige Arbeitserlaubnis in Thailand beschäftigt.

Irrawaddy, 31.1.2014

Die Autorin ist externe Dozentin an der Ruhr-Universität Bochum und hat bei einer lokalen NGO in Bangkok gearbeitet.